

# Antrag Nr. 13-O-12-0022

## SPD-Fraktion

---

### Betreff:

Intensivierung der „Offenen Jugendarbeit“ im Hochfeld (SPD)

### Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

1. Der Magistrat (Sozialdezernat - Amt 51) wird gebeten, die „Offene Jugendarbeit“ in unserer Wohnsiedlung „Hochfeld“ durch Aufstellung eines geeigneten Containers und weitere flankierende Maßnahmen zu intensivieren.
2. Als geeigneten Standort schlagen wir eine Teilfläche am Rande des Kinderspielplatzes Moabiter Straße vor, sind aber auch für andere, möglicherweise noch besser geeignete Alternativen offen.
3. Der Ortsbeirat ist bereit, die entstehenden Investitionskosten weitgehend aus Mitteln der Buschungstiftung zu übernehmen und steht zu weiteren Abstimmungsgesprächen jederzeit gerne zur Verfügung.

### Begründung:

Nach allgemeiner Einschätzung fühlt sich ein Großteil der im Hochfeld wohnenden Jugendlichen vom derzeitigen Angebot der „Offenen Jugendarbeit“ in Erbenheim nicht angesprochen. Deshalb ist über die durchaus anerkanntswerten Bemühungen des Trägervereins „Maria Aufnahme“ hinaus ein zusätzliches Angebot erforderlich.

Dies könnte nach übereinstimmender Auffassung von Sozialdezernat und Ortsbeirat am besten durch einen wohnortnahen festen baulichen Bezugspunkt erreicht werden. Denkbar wäre die Aufstellung eines robusten Wohn-Containers“ mit relativ strapazierfähiger Innenausstattung. Mit dieser - zunächst befristeten Lösung - könnten praktische Erfahrungen gesammelt werden, in welcher Form dieses, von fachlich qualifiziertem Personal begleitete Angebot auch tatsächlich angenommen wird. Bei positiven Erfahrungen erscheint der stufenweise Aufbau eines echten Jugendzentrums durchaus vorstellbar.

Der vorgeschlagene Standort am Rande des KSP Moabiter Straße erfüllt nach unserer Auffassung die notwendigen Kriterien (zentral gelegen, gut erreichbar, Grundstück befindet sich im städt. Eigentum, keine planungs- oder baurechtlichen Probleme, wenig störend usw.).

Über die weiteren Einzelheiten (konkrete Ausgestaltung des Angebots, entstehende Kosten und deren Finanzierung, organisatorische Betreuung, Zuständigkeiten usw.) sind vertiefende Gespräche mit dem Sozialdezernat, dem Trägerverein „Maria Aufnahme“ und evtl. weiteren Beteiligten zu führen. Gemeinsames Ziel sollte es sein, zu einer möglichst bald umsetzbaren pragmatischen Lösung zu kommen, die auch den Interessen der Jugendlichen gerecht wird.

Wiesbaden, 10.03.2013

Reinhold  
Fraktionssprecher